

Information

des Forums Flugplatz Dübendorf

1990 gegründeter unabhängiger Verein, dessen Mitglieder sich zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung und effizienten Luftwaffe bekennen

Postfach 1085, 8600 Dübendorf 1, Postkonto: 80-47799-0 / Internet: <http://www.forum-flugplatz.com> / E-Mail: vorstand@forum-flugplatz.com

Liebe Mitglieder

Liebe Interessenten

Die temporäre Schliessung der Westpiste (28) und die Kündigung der Überflugrechte über deutsches Hoheitsgebiet haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger im Glatthal in Aufruhr versetzt, aber leider auch einige Politiker zu unüberlegten, kurzschlussartigen Reaktionen veranlasst. Statt besonnen Augenmass zu bewahren, schlossen sich auch bürgerliche Politiker völlig unkritisch einem sog. «Überparteilichen Komitee» an, das mit beträchtlichem Eigennutz von linksgrünen Kreisen initiiert wurde.

Als ob der Zweck die Mittel heilige, gingen einige davon sehenden Auges einer linksgrünen Allianz auf den Leim, im Glauben, das «Überparteiliche Komitee für mehr Lebensqualität und weniger Fluglärm im Glatthal» verspreche allein das Heil vom Himmel!

Liebe Vereinsmitglieder, Sie mögen mir in dieser 21. Ausgabe des Forum-Info für einmal verzeihen, etwas pointierter als sonst, die Dinge beim Namen zu nennen. Denn es steht 1:0 für die linksgrüne Allianz, denen es aus aktuellem Anlass mit einer geschickten Inszenierung gelang, bürgerliche Parteien über den Tisch zu ziehen!

Auch unser Stadtpräsident sang, wenn auch dezidiert, im Chor der heimischen Militärflugplatzgegner mit.

Das sog. «Überparteiliche Komitee», das in seinem Flugblatt mit irreführenden Zahlen operiert, wurde u.a. von Leuten und Parteien gegründet, die in der Vergangenheit keine Gelegenheit versäumten, den Militärflugplatz Dübendorf zu verteufeln oder dessen Schliessung zu propagieren!

Es wäre bürgerlichen Mitläufern deshalb gut angestanden, einige wesentliche Punkte vor einem Beitritt in dieses «Komitee» zu hinterfragen. Zum Beispiel, ob zwischen zivilem und militärischem Fluglärm nicht zu differenzieren sei, oder die auf dem Flugblatt publizierten Angaben über die Flugbewegungen auch den Tatsachen entsprechen. Oder andere, auf dem Petitionsbogen aufgeführte Punkte die Entscheidungsfreiheiten nicht zu sehr eingrenzen und deshalb weit über das Ziel hinausschiessen? Dank gebührt darum ganz besonders den Dübendorfer Ortsparteien SVP, FDP und FPS, die sich nicht von den Schlangenfän-

germethoden und grellen Flugblatt-Designern täuschen liessen und die linksgrüne Taktik durchschauten.

Die Ernüchterung folgt spätestens zum Zeitpunkt der vorzeitigen wieder Inbetriebsetzung der Westpiste, wenn das «Überparteiliche Komitee» danach versucht, das Wasser am Kochen zu halten. Die Initianten des Komitees, die SP-, GEU- und die «BgF» werden ohne Zweifel dafür sorgen!

Um Missverständnisse auszuschliessen, ist ein klares Statement gegenüber den Betreibern des «unique zurich airport» notwendig, allerdings mit anderen Akzenten. Statt sich Militärflugplatzgegnern anzuschliessen, ist eine differenziertere Stellungnahme, mit positiven Ansätzen zur Stärkung unseres Militärflugplatzes und damit einhergehenden Abblockung zivilen Flugverkehrs von Klotten sinnvoller!

Die Bevölkerung rund um den Flugplatz Dübendorf trägt seit Jahrzehnten ein beträchtliches Mass zum Nutzen unseres Landes und unserer Armee bei und akzeptiert die vom Militärflugbetrieb ausgehenden Emissionen, als auch die Stationierung von REGA-Helikoptern. Dieses Mass ist dereinst beim drohenden Verteilungskampf des zivilen Fluglärms zu berücksichtigen und mit entsprechendem Gewicht einzubringen.

Dazu gehört N.B. auch die Anrechnung des zivilen Flugverkehrs, der seit Frühjahr aufgrund der «CILO»-Massnahmen (Capacity Increase Lower Airspace) neu via Dübendorf über das Klotener Funkfeuer (VOR «KLO») in das Anflugverfahren (Süd) eingefädelt wird (früher entlang der Albiskette).

Nachdem die Luftwaffe den Trainingsraum über dem Jura zu Gunsten des zivilen Flugverkehrs geopfert hat, sind weitere Zugeständnisse und Luftraumabtretungen meiner Ansicht nach, nicht akzeptabel. Das Start- und Landeverfahren über das Zürcher Oberland stellt eine massive Einschränkung für unsere Luftwaffe dar. Eine definitive Einführung hätte deshalb negative Auswirkungen für den militärischen Flugbetrieb und in letzter Konsequenz eindeutig eine weitere Schwächung des Dübendorfer Militärflugplatzes mit einschneidenden Auswir-

kungen zur Folge. Das widerspricht unseren Bemühungen für eine effiziente Luftwaffe und glaubwürdige Landesverteidigung!

Die Begleiterscheinungen der zeitlich begrenzten Pistenschliessung wurden über Gebühr zum politischen Ereignis hochstilisiert, statt sich auf die Ausarbeitung eines akzeptablen Vertrages mit Deutschland zu konzentrieren!

Die Kündigung wurde, wenn nicht provoziert, so doch in Kauf genommen. Dazu sollen, wie aus der Publikation der Vereinigung des Cockpitpersonals der Swissair zu entnehmen ist, auch Fehler der Flugplatzbetreiber gegenüber unseren nördlichen Nachbarn beigetragen haben. Trotzdem treten Form und Inhalt der Kündigung das immer wieder beschworene freundschaftliche Verhältnis der beiden Länder mit Füssen.

Der Ball ist jetzt beim verantwortlichen Verkehrsminister, Bundesrat Moritz Leuenberger. Ob die Dübendorfer linksgrüne Allianz nach ihrer Strassendemo noch in der Lage ist, bei ihrem Bundesrat entsprechend vorstellig zu werden, ist allerdings zu bezweifeln. Bekanntlich wurde ja der beste Zeitpunkt für wirkungsvollen Druck verschlafen, nachdem der deutsche Verkehrsminister Klimmt den SP-Bundesrat bereits am 20. April über die drohende Kündigung informiert hat. Ein Vorstoss wäre natürlich sehr unangelegentlich gekommen, denn schlussendlich wollte Bern die Abstimmung über die bilateralen Verträge nicht gefährden.

Im Dezember des vergangenen Jahres war aus dem Stadthaus zu vernehmen, man wolle mit der Luftwaffe gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten für die spätere Zukunft des Militärflugplatzes suchen. Es fragt sich jetzt, nach welchen Möglichkeiten, wenn jede aviatische Option auf dem Flugplatz Dübendorf ohne fundierte Analyse, mit Abwägen aller Vor- und Nachteile, gestrichen wird?

Kein erfolgreicher Manager würde Angesichts zahlreicher Unwägbarkeiten alle möglichen Optionen über Bord werfen.

«New Public Management» hier, «No Management da»!

Mit den besten Wünschen
Ihr Peter Bosshard

Geschichte linkspopulistische Inszenierung

Ohne die bürgerlichen Parteien geschieht nichts. Das wissen am besten die Sozialdemokraten und die Grünen in unserem Land und natürlich die Dübendorfer Ortsparteien SP und GEU.

Um ihre Ziele durchbringen zu können, brauchen sie die bürgerlichen Parteien. Deshalb wird immer wieder tüchtig antichambriert nach dem bewährten Rezept, je verlockender die «Verpackung» je grösser der Erfolg. Und nicht selten fallen gleich mehrere Politiker vom anderen Lager auf derartige Schallmeienklänge herein.

So auch geschehen bei der Gründung des «Überparteilichen Komitees für mehr Lebensqualität und weniger Fluglärm». Wobei die Bezeichnung «Überparteilich» recht extensiv ausgelegt wird, in Anbetracht der tröstlichen Tatsache, dass die beiden grössten bürgerlichen Parteien, SVP und FDP samt FPS in weiser Voraussicht, dafür nicht zur Verfügung standen.

Wer sich so über den Tisch ziehen lässt, ist selber Schuld, denn die tatsächlichen Initianten wissen die Gutgläubigkeit redlich zu nutzen. Stadtrat Martin Bäumle verstand es in seiner Rede auf dem Stadthausplatz auch ausgezeichnet, gleich fünf Mal auf die (eigene) Schulter der Grünen zu klopfen!

Bedauerlich nur, dass niemand von den bürgerlichen Mitgliedern im Vorstand den Mut aufbrachte, das Komitee zu einer Differenzierung zwischen militärischem- und zivilem Fluglärm zu bewegen! Es wird jetzt unisono von Fluglärm im Glattal gesprochen und somit der militärische- und der zivile Fluglärm in den selben Topf geworfen! Wie lange wird es wohl dauern, bis der Vereinsmantel der unlängst «auf's Eis gelegten» «Bürgerinnen und Bürgern gegen den Fluglärm» (BgF) dem neugegründeten Komitee um die Schultern gelegt wird? SP - Mitglied und «BgF»- Vorstand Dani Schnider ist, wen wundert's, auch im beschriebenen Komitee an vorderster Front mit von der Partie!

Militärflugplatz oder nur Flugplatz?

Anders als beim «Fluglärm-Eintopf», wird in politischen Kreisen sehr oft peinlich auf die Wortwahl geachtet und explizit auf den Terminus «Militärflugplatz Dübendorf» verwiesen. Wer jetzt aber öffentlich und undifferenziert nur noch pauschal von Fluglärm spricht, sollte inskünftig konsequenterweise auch nur noch vom Flugplatz Dübendorf sprechen! PB

Liebe Mitglieder

Diesem Info liegt der Einzahlungsschein für den Jahresbeitrag von 25 Franken für das Jahr 2000 bei. Unsere Schatzmeisterin, Frau Annelies Schwarz dankt für eine prompte Überweisung und freut sich auf jeden freiwilligen Zustupf.

Flugfestival vom 16. - 18. Juni 2000

Dem Flugfestival auf dem Militärflugplatz Dübendorf vom 16.- bis 18. Juni war ein grosser Erfolg beschieden. Von Nah und Fern gab sich die Fliegerzunft mit über 150 Flugzeugen auf dem Militärflugplatz bei strahlendem Wetter ein Stelldichein. Grund dazu waren der 90. Geburtstag des Aero-Clubs Zürich und das 90-Jahre Jubiläum des Flugplatzes Dübendorf. Obwohl mit der Planung des Anlasses in Verzug, machte die Organisation in der verbliebenen Zeit auch «Unmögliches» noch möglich. Mit grossem Einsatz und der tatkräftigen Unterstützung der Mitarbeiter des Flugplatzbetriebes, ging das grösste aviatische Fest in diesem Jahr in der Schweiz ohne Zwischenfälle über die Bühne.



Aus dem Cockpit der B-17 fotografiert

Über den Anlass wurde in zahlreichen Medien berichtet, weshalb eine Berichterstattung entfällt. Vielmehr liegt mir daran, Sie über die lautesten Hintergrundgeräusche ins Bild zu setzen, weil sie schlussendlich ein Stück unserer Gesellschaft widerspiegeln. Denn schmerzliche Konzessionen, meist aufgrund fehlenden politischen Mutes, machten das Flugfestival für mich zum Anlass mit angezogener Handbremse!

Gleich zu Planungsbeginn sorgte die Namensgebung für Kopfschmerzen, denn auf die traditionelle und sinnvolle Semantik wie Flugmeeting oder Airshow musste verzichtet werden. Eine neue Wortkreation, die sonst eher an ein musikalisches Happening erinnert, wurde eigens für Dübendorf geschaffen.



Mitglied Max Vogelsang in der Morane D-3801



Nehmen Sie Platz in der B-17

An beinahe jeder aviatischen Veranstaltung werden Jetflugzeuge vorgeführt. Das ist normalerweise auch in der Schweiz nicht anders, sei es auf dem nahegelegenen Hasenstrick oder Speck oder den Flugplätzen Birrfeld, Mollis, Ambri, Sion, Bex, Lugano usw. Selbst in Emmen dürfen sich die Flugzeuge unserer Luftwaffe am besonderen «AVIA-Samstag» einmal im Jahr dem Publikum zeigen.

Nicht so in Dübendorf, hier fehlt - ungeachtet der technischen Machbarkeit - der politische Mut und Wille, auch die während einem halben Jahrhundert zum Tagesgeschehen zählenden Flugzeuge an einer Airshow einem breiteren Bevölkerungskreis zu zeigen!

Die Patrouille Suisse, die im In- und Ausland begehrte militärische Jetformation und Aushängeschild unserer Luftwaffe, fiel der unfreiwilligen Selbstbeschneidung zum Opfer. Aber auch Swissair - Flugzeuge, die früher ganz wesentlich zum Gedeihen des Dübendorfer Flugplatzes beigetragen haben (Ad Astra), waren unerwünscht. Sei es aus Retour- oder anderen politischen «Kutschen»!

Am Sonntag präsentierte sich das Flugfestival vorwiegend mit Segelflugzeugen von der geräuschlosen Seite. Erst bei genauerem Hinsehen war zu erkennen, dass die himmelwärts strebenden Motorengeräusche nichts mit dem Dübendorfer Anlass zu tun hatten, sondern dem Flugplatz Kloten zuzuordnen waren. Es durfte schlicht nicht geflogen werden. Um den Piloten doch noch zu gestatten, wieder heim zu reisen, wurde ein zweistündiges Zeitfenster zum Ausfliegen bewilligt.

Der in enger Zusammenarbeit mit dem Berufsinformationszentrum (BIZ) Kloten organisiert Schülertag stand ganz im Zeichen der Berufswahl. Mit einem Empfehlungsschreiben der Bildungsdirektion wurden die Schulklassen in den umliegenden Gemeinden rechtzeitig zur Teilnahme aufgefordert. Über 700 Schüler nahmen daran teil. 12 Schulklassen aus Wangen-Brüttsellen, 15 aus Volketswil und von der grössten Gemeinde Dübendorf gerade mal deren 8!

Zwischen dem Schülertag und den anderen erwähnten Punkten, besteht kein Zusammenhang! Oder vielleicht etwa doch? PB.

Halbierte Armee-Financen - halbierte Sicherheit

Eine Militärpolitische Information vom Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)

Präsident: Dr. Günter Heuberger, Redaktion: Dr. Daniel Heller, Postfach 65, 8024 Zürich

Wie lange kann die «Militärzitrone» noch ohne Schaden für das Land ausgepresst werden?

Dass in Zeiten verringerter äusserer Gefahren, die militärisch relevant sind, die Militärausgaben gedrosselt werden, ist etwas ganz Natürliches. Das geschah in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg sehr ausgeprägt - und mit den bekannten Folgen einer 1939 trotz verstärkten Anstrengungen im unmittelbaren Vorfeld des Zweiten Weltkrieges ungenügenden Rüstung der Armee.

Nach der Wende im Osten 1989/90, insbesondere der Auflösung der Supermacht Sowjetunion, hat man sich hier zu andernorts beeilt, die Militärausgaben zu reduzieren. Das Militär hat real als einziger Aufgabenbereich des Bundes zwischen 1990 und 1998 (Voranschlag 98) die Ausgaben drastisch vermindert - um 28 Prozent! Die grössten Einsparungen wurden der Rüstung auferlegt, deren Realwert zwischen 1990 und 1998 um 38 Prozent geschrumpft ist. Bis zum Jahr 2001 sollen weitere rund CHF 900 Millionen der Armee weggenommen werden. Damit hätte der Realwert der Militärausgaben zwischen 1990 und 2001 um 37 Prozent, der Wert der Rüstungsausgaben gar um 49 Prozent abgenommen.

Seit 1990 ist die Armee namentlich auf Grund einer umfassenden sicherheitspolitischen Neu beurteilung - siehe Bericht des Bundesrates vom 1. Oktober 1990 - reorganisiert und insbesondere wesentlich verkleinert worden. Der Personalbestand des VBS ist in der gleichen Zeitspanne von 19'400 auf 16'400 Mitarbeiter gesenkt worden. Das Militär hat sich also den veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen beileibe angepasst, die vielbeschworene «Friedensdividende» ist ausgeschüttet worden.

Wenn jetzt weitere finanzielle Abstriche bei diesem immerhin von der Verfassung und den natürlichen Funktionen eines jeden Staates her wesentlichen Aufgabenbereich - der Gewährleistung äusserer Sicherheit - vorgenommen werden sollen, müssen sie genau begründet werden. Denn man kann eine Armee, wie die Erfahrung lehrt, nicht verkümmern lassen und hoffen, sie schnell wieder aufbauen zu können, sollte man sie in fünf oder mehr Jahren halt doch brauchen.

Bundesrat lehnt Initiative ab

Die Botschaft des Bundesrates ist eindeutig. Er empfiehlt, die Umverteilungsinitiative abzulehnen, ohne dabei Konzessionen einzuräumen. Er reagiert damit konsequent auf die zweite Halbierungs-Initiative, die eine Trotzreaktion von SPS und ARW (Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot) auf die Ungültigkeitserklärung der ersten Halbierungs-Initiative

durch das Parlament darstellt. Die vorbereitende Kommission des Nationalrates hat sich mit 16:6 Stimmen dieser Auffassung angeschlossen. Die klare Botschaft lässt hoffen, dass auch das Parlament die wahre Natur solcher Begehren erkennen wird. Eine Abfuhr der Initiative durch Volk und Stände wird ein weiteres Mal die glaubwürdige Schweizer Sicherheitspolitik bestätigen.

Hauptargumente gegen die Halbierungsinitiative

Die Initiativforderung

Die Initiative verlangt: Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen. Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind. Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit). Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund äufnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken.

Armee-Abschaffung in Raten

Seit den achtziger Jahren werden in regelmässigen Abständen Volksbegehren lanciert, die unter verschiedenen Titeln auf eine Schwächung der Selbstverteidigungsfähigkeit unseres Landes hinauslaufen. Damit wird permanent die Glaubwürdigkeit des schweizerischen Staates, zu der man gerade unter den heutigen Umständen Sorge tragen sollte, in Frage gestellt. Kein Wunder, dass gewisse ausländische Verhandlungspartner mit der Schweiz inzwischen umspringen wie mit einem Staat, vor dem man keinen besonderen Respekt zu haben braucht.

Konsequente Armeegegner am Werk

Die Urheber der Initiative, die SPS mitsamt ARW und GSoA, sind dieselben armeefeindlichen Kräfte, die schon mehrmals (F/A-18, Armeeabschaffung, Waffenzölle, Waffenausfuhrverbot) vom Volk desavouiert wurden. Auch ihre Hilfstruppen sind dieselben geblieben, Exponenten von Hilfswerken und kirchlichen Kreisen: Sie haben ihre Unterstützung für die Halbierung und «Umverteilung» der Militärausgaben wiederholt artikuliert.

Die klaren Volksentscheide der letzten Jahre zeugen von der staatsbürgerlichen Reife des Schweizervolkes. Nach der vernichtenden Niederlage, welche die Linke und insbesondere der pazifistische Flügel am 8. Juni 1997 (massive Verwerfung der Waffenausfuhrverbots-Initiative) einmal mehr erlitten haben, wird auch dieser Sabotageversuch gegen eine funktionierende und glaubwürdige Sicherheitspolitik trotz schönen Parolen wie «Sparen», «Frieden» und «Arbeitsplätze» erneut misslingen.

Armee XXI nicht über Finanzen präjudizieren

Zustandegekommene Initiativen sind ein politisches Druckmittel und können den Bundesrat oder die Räte zu sachlich ungerechtfertigten Konzessionen veranlassen. Solche wären im Umfeld der jetzt an die Hand zu nehmenden Planungen für eine «Armee XXI» inakzeptabel. Die neue Armee soll frei und lediglich auf Grund einer Beurteilung der künftigen sicherheitspolitischen Lage konzipiert werden können.

Derart massive Reduktionen der Militäraufwände muss man von der Aufgabenstellung der Armee her rechtfertigen, bevor man sie vollstreckt. Das ist aber nicht der Fall: Es ist nun höchste Zeit, Ordnung in die Sache zu bringen, also Varianten der neu organisierten Armee vorzulegen, deren Kosten zu ermitteln und «en connaissance de cause» zu entscheiden, wie die spätere Armee aussehen und was sie können soll.

Schweizer Arbeitsplätze gefährdet

Eine weitere Reduktion der Militärausgaben um 50 Prozent hätte unweigerlich auch einschneidende wirtschaftliche Folgen. Es geht einmal mehr um Arbeitsplätze, in den Betrieben des Bundes und in den Rüstungsbetrieben, in der zuliefernden Wirtschaft und namentlich auch im Gewerbe. Dieselben gefährdeten Arbeitsplätze haben im übrigen am 10. März 1996 den Ausschlag gegeben, dass die Zentralisierung der Beschaffung der Militärausrüstung beim Bund am Volkswillen scheiterte. Die Gewerkschaften werden auch bei der Halbierungsinitiative erkennen, dass Tausende von weiteren Arbeitsplätzen durch die Initiative bedroht sind.

Auf Grund der Rüstungsprogramme von 1990 bis 1998 flossen der schweizerischen Wirtschaft Aufträge im Betrage von mehr als 7,9 Milliarden Franken (Vgl. 3.7) zu. Auftragnehmer waren die nun in Aktiengesellschaften umzuwandelnden Bundesbetriebe sowie die Privatwirtschaft. Das entspricht im Jahr 1100 Millionen Franken. Das sind pro Jahr durchschnittlich 7300 Mannjahre und für die gesamte Periode rund 41'000 Mannjahre. Dabei ist hier die Rede von meist hochwertiger industrieller und gewerblicher Arbeit.

Der Staat gefährdet heute seine Arbeitsplät-

ze vor allem in Randregionen wie den Alpen und im Jura und rückt damit von einer solidarischen Arbeitsvergabepolitik zugunsten der wirtschaftlich benachteiligten Regionen ab. In den Jahren 1991 bis 1997 verschwanden in PTT, SBB und VBS um die 18'000 Stellen, 54 als «Bergregionen» definierte Landstriche sind von dieser Entwicklung überproportional betroffen. Weitere sollen folgen. Mehr als zwei Milliarden Franken werden so schätzungsweise den ärmeren Regionen entzogen. Auch eingefleischte Ordnungspolitiker, die jeder staatlichen Wirtschaftsförderung abhold sind, vermögen die staatspolitische Bedeutung einer sinnvollen regionalen Arbeitsvergabepolitik des Bundes zu erkennen.

Die Schweizer Friedensdividende ist bezahlt

Seit gut sieben Jahren ist die Schweiz massiv unter den Druck von defizitären Budgets geraten. Zum kleineren Teil sind wirtschaftliche Gründe (stagnierende Einnahmen), zum grösseren Teil ein ungebremstes Ausgabenwachstum bei der öffentlichen Hand infolge wachsender und neuer Staatsaufgaben dafür verantwortlich. Es gibt trotz dieser unerfreulichen Entwicklung auch sachlich nicht den geringsten Grund, ausgerechnet die Militärausgaben verfassungsmässig zu beschränken. Jede verfassungsmässige Fixierung von bestimmten Ausgaben des Bundes, speziell aber der Militärausgaben, würde die Reaktionsfähigkeit des Staates in Bezug auf Veränderungen der Bedürfnisse aufheben oder lähmen.

Dem Militärbudget kann sowohl in der länger- als auch in einer kurzfristigen Betrachtung keine Schuld an den defizitären Zuständen im Bundeshaushalt nachgewiesen werden.

Zahlen und Fakten zu den Militärausgaben Anteil der funktionsbezogenen Bundesausgaben 1969-1998

Der Anteil der Militärausgaben am Gesamtbudget ist seit 1960 stark rückläufig. Das VBS ist das einzige Departement, das in den Jahren 1990 bis 1998 grössere Einsparungen vorgenommen hat und noch immer vornimmt. Es hat somit in den letzten Jahren den mit Abstand grössten Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen geleistet.

Verteidigungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandproduktes (Prognose für 2002)

Die Schweizer Verteidigungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandproduktes (1998) sind tiefer als diejenigen vergleichbarer Staaten.

Günstige Milizlösung im internationalen Vergleich (1997)

In der Schweiz stehen die Betriebsausgaben zum Total der Verteidigungsausgaben in einem ausgewogenem Verhältnis. Besonders auffallend sind die tiefen Personalkosten.

Auch die Verhältnisse Betrieb/Rüstung resp. die absoluten Militärausgaben (für Referenzjahr 1997) zeigen die unbestreitbar günstige Lösung der Schweizerischen Milizlösung. Auch aus dieser Sicht drängt sich eine Halbierung der Staatsaufwendungen für unsere Sicherheit nicht auf.

Betrachtung der Rüstungsprogramme 1990-1998 bezüglich des Inlandanteils

Die Halbierung der Militärausgaben hätte auch massivste volks- und beschäftigungswirksame Folgen, wie der Inlandanteil der Rüstungsausgaben zeigt.

Die Beschaffung der F/A-18 im Jahre 1992, die in dieser Statistik nicht erfasst ist, löste Direktaufträge an die Schweizer Industrie von CHF 311 Mio. aus. Weiter löste die Beschaffung der F/A-18 Kompensationsgeschäfte in der Grössenordnung von ca. CHF 2 Mrd. aus. 1994 wurde infolge der F/A-18-Beschaffung auf ein Rüstungsprogramm verzichtet.

Die Eidgenössischen Räte kürzten in der Herbstsession 1997 das Rüstungsprogramm um CHF 162 Mio. auf CHF 1373 Mio.

Fazit: Initiative kompromisslos bekämpfen

Die Armee hat ihre «Friedensdividende» bereits mehr als abgegolten. Abgesehen davon, dass der eine solche Gewinnausschüttung rechtfertigende Frieden gar nicht existiert, gehen derartig drastische Einsparungen an die Substanz und gefährden die Weiterentwicklung der Armee 95 zur Armee XXI.

Mit einer Ablehnung der Halbierungsinitiative der Armeegegner steigen die Chancen, dem leichtfertigen Spiel mit den Volksrechten zur Durchsetzung illegitimer Anliegen wenigstens für einige Zeit ein Ende zu bereiten. Denn es besteht kein Zweifel, dass das Volk, das auf die irreführende Propaganda der Initianten in der Abstimmungen seit 1989 keine Sekunde hereingefallen ist, dem Versuch, der Armee die Mittel wegzunehmen, eine klare Absage erteilen wird. (VSWW)

Wirtschaftliche Auswirkungen der Umverteilungsinitiative

Die Umverteilungsinitiative würde die Schweiz gemäss VBS rund 6'000 Arbeitsplätze kosten. Diese Zahl, obwohl eher konservativ gerechnet, lässt aufhorchen und sollte eigentlich insbesondere die Gewerkschaften aufschrecken. Trotzdem lässt sich der SMUV, die Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen, erneut, wie schon 1997 anlässlich der Kriegsmaterialausfuhrverbotsinitiative, mit den radikalen Armeegewerkschaften ein.

Dass ausgerechnet der Mitinitiant der Umverteilungsinitiative (UMVI) Peter Hug mit der Aktualisierung der überholten Gewerkschaftsstudie zur Konversion von militärahängigen Arbeitsplätzen betraut wird, stellt

den objektiven Wert der Studie für jedermann offensichtlich in Frage. Die SMUV-Führung stellt erneut ideologische Interessen vor die Interessen der betroffenen SMUV-Mitglieder. Bereits 1997 konnte sich der SMUV trotz der 120'000 von der Exportverhinderungsinitiative bedrohten Arbeitsplätzen in der Exportindustrie nur zu einer Stimmfreigabe durchringen und wurde durch die Ablehnung der Initiative von mehr als drei Viertel der Abstimmenden deutlich desavouiert.

Wirkungsloser Konversionsfonds

Der SMUV wird seine zu erwartende JA-Parole zur UMVI mit dem in der Initiative verlangten Konversionsfonds von einer Milliarde Franken rechtfertigen. Die vorsorgliche Bereitstellung eines solchen Instruments macht für jedermann offenkundig, dass der schweizerischen wehrtechnischen Industrie mit der Initiative der Todesstoss versetzt werden soll. Er hätte den Arbeitslosen neue Stellen bereit zu stellen. Dieser Konversionsfonds würde die negativen Folgen indessen nur unwesentlich und höchstens temporär mildern. Der Erfolg des marktfeindlichen staatlichen Eingriffs zugunsten der Arbeitskräfte der schweizerischen wehrtechnischen Industrie ist angesichts der Vielzahl gescheiterter Konversionsprojekte im In- und Ausland höchst fraglich.

Sollte die Initiative Erfolg haben, kann in der Schweiz - von wenigen hochspezialisierten Ausnahmen abgesehen - keine wehrtechnische Industrie mehr existieren. Diese ist nämlich auf eine minimale Heimbasis angewiesen, um sich den international erwarteten Leistungsausweis zu sichern. Ein rüstungstechnisches Produkt, das von der Armee des Herstellungslandes nicht beschafft wird, obwohl Bedarf ausgewiesen ist, hat auf dem Exportmarkt erfahrungsgemäss kaum eine Chance.

Die von der Initiative angestrebte Marginalisierung der Schweizer Armee und die von den Initianten am 9. Mai 2000 erhobene Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht und Bildung einer Armee von 15'000 jugendlichen Freiwilligen wird den Kostendruck auf die Rüstungsgüter enorm erhöhen. Kleinserien werden für diese Miniarmerie nicht in der Schweiz hergestellt werden können, und die gesamte Rüstung wird von der Stange im Ausland beschafft werden müssen - mit katastrophalen Folgen für die heimische Wirtschaft.

Bereits die Reform zur Armee XXI wird mit der Verlagerung von Investitionsmitteln zu den Betriebsausgaben zweifellos ihre Auswirkungen auf den Inlandanteil der Rüstungsbudgets haben. Dieser lag in den letzten zehn Jahren durchschnittlich im Bereich einer Milliarde Franken pro Jahr. Dieser Betrag ist mit der einmaligen UMVI-Leistung von einer Milliarde in einen Konversionsfonds in Relation zu stellen.

Verlust von Steuergeldern und wirtschaftliche Pressionen zu befürchten

Auch die von der Initiative geforderte Einsparung der Mittel für die Landesverteidigung

wird nicht den Arbeitstätigen in der Schweiz zu gute kommen. Die bedingungslose Unterstützung der Initiative durch die Hilfswerke und Entwicklungshilfeorganisationen zeigen den angestrebten Abfluss dieser Steuergelder deutlich auf: Erhöhung der Sozialausgaben und der Entwicklungshilfe zu Lasten von Sicherheit und Steuerzahler!

Der Vertrauensverlust in den wichtigsten Absatzmärkten, der durch das in der Verfassung verankerte Abgleiten der Schweiz in die Rolle des sicherheitspolitischen Trittbrettfahrers zu Lasten der NATO und der USA entstände, ist für die Schweizer Wirtschaft nicht quantifizierbar. Wie teuer das erneute politische Ausscheren der Schweiz unsere Wirtschaft zu stehen kommen kann, sollten die Erfahrungen im Gefolge des EWR-Neins 1992 und insbesondere die Pressionen in Zusammenhang mit der Kontroverse um die Schweiz im Zweiten Weltkrieg deutlich gemacht haben.

Dies wird die Herren Gewerkschafter Daguet, Moor und Rennwald sowie den Staatsbeamten Hug indes wenig kümmern - die betroffenen Schweizer Arbeitnehmer hingegen umso mehr! (AWM)

Nochmals: Unverständliche Unterstützung von Hilfswerken

In der letzten Ausgabe machte ich darauf aufmerksam, dass das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH und Terre des Hommes Unterstützungsbeiträge für armeerfeindliche Organisationen wie den «Schweizerischen Friedensrat» leistet. Am 24. Dezember musste man der Lokalzeitung entnehmen, dass der Stadtrat von Dübendorf die beiden Hilfswerke für Projekte mit 20'000 Franken aus der Steuerschatule unterstützt.

Offenbar wurde vergessen, dass unsere Landesverteidigung in Dübendorf einen wichtigen Stützpunkt betreibt, der bei Annahme der Armee-Halberungsinitiative für die Beschäftigten böse Konsequenzen haben könnte. Eine Initiative, die auch von den beiden unterstützten Hilfswerken getragen wird!

In einer Stellungnahme argumentiert der Stadtrat wie folgt: «Der Stadtrat unterstützt im Rahmen der humanitären Hilfe aufgrund von seriösen Beurteilungen eingehender Gesuche Projekte und nicht Organisationen. Im übrigen ist der Stadtrat nicht nur Partikularinteressen verpflichtet, sondern den öffentlichen Interessen in einer pluralistischen und freien Gesellschaft schlechthin.»

Trotzdem, aus der vielfältigen Palette von Hilfswerken würden sich zweifellos Projekte von würdigeren Institutionen finden lassen! Es ist zu hoffen, dass bei der nächsten Vergabe genauer evaluiert wird. Das Forum wird dies entsprechend im Auge behalten. PB

Hilfswerke missbrauchen Spenden

Die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarme (AWM) protestiert energisch dagegen, dass sich Schweizer Hilfswerke von den Armeege-

gern einspannen lassen und sich auf deren Seite aktiv in der Abstimmungskampagne für die Umverteilungsinitiative betätigen. Die AWM ruft die Öffentlichkeit dazu auf, den politisierenden Hilfswerken keine Spendengelder mehr zukommen zu lassen.

Mit grossem Befremden stellt die AWM fest, dass sich Schweizer Hilfswerke in die Schweizer Sicherheitspolitik einmischen. Die AWM verurteilt dieses Engagement um so mehr, als die Unterstützung der Armeehalberungsinitiative durch die Hilfswerke deren Zielen eindeutig zuwiderläuft.

Hilfswerke als Armeegegner

Sie unterstützen offen mit Propagandamaterial, mit Stellungnahmen und wohl auch finanziell den Abstimmungskampf der Armeegegner. Mit der Umverteilungsinitiative soll als Etappenziel auf dem Weg zu einer Schweiz ohne Armee eine Halbierung der Ausgaben für die Landesverteidigung in der Verfassung verankert werden.

Die Hilfswerke unterliegen einer doppelten Täuschung. Zum einen lassen sie sich von der SP und der radikalpazifistischen ARW, die seit Jahren ebenso böswillig wie vergeblich die Unterminierung der Schweizer Sicherheitspolitik betreibt, mit Geldversprechungen für ihre Ziele vor den innenpolitischen Karren spannen. Zum anderen könnte die radikale Beschneidung der sicherheitspolitischen Möglichkeiten der Schweiz zum Verlust der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Stabilität unseres Landes führen. Gerade letztere ermöglicht aber die umfangreiche Hilfe an Bedürftige in der 3. Welt überhaupt erst.

Keine Spenden!

Nachdem nicht ausgeschlossen werden kann, dass die auf der Seite der Armeegegner politisierenden Hilfswerke für ihren aktiven Einsatz zugunsten der Armeehalberungsinitiative auch auf Spendengelder und Steuersubventionen zurückgreifen, ruft die AWM die Öffentlichkeit zur Einstellung der diesjährigen Spendentätigkeit zugunsten der nachfolgenden Hilfswerke auf:

Basler Mission, Bethlehem Mission, Brot für alle, Caritas Schweiz, Christlicher Friedensdienst (cfd), Corsam, Fastenopfer, HEKS, Helvetas, Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen (kem), Ref. Kirchen Bern-Jura, OeME Bern, Peace Brigades International (PBI), Schweizerisches ArbeiterInnenhilfswerk (SAH), Schweizerische Friedensstiftung (SFS), Swissaid, Terre des Hommes Schweiz (tdh).

SP-Nationalrätin auf Abwegen

Die Zürcher SP-Nationalrätin Barbara Haering fügte dem Versand der Broschüre «Projekt Frieden» gleich einen Bettelbrief zur Unterstützung der Umverteilungsinitiative bei. Die Broschüre, die letztendlich mit 50'000 Steuerfranken von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) mitfinanziert wurde, diente der SP-Politikerin als

Plattform für armeerfeindliche Agitation! Deza-Chef, Walter Fust protestierte postwendend und bezeichnete diesen unverfrorenen Handstreich als «groben Missbrauch und inakzeptabel». Frau Haering entschuldigte sich in der Folge beim Deza-Chef. Die NZZ fügte im Kommentar bei: «Barbara Haering gibt sich wohl etwas allzu harmlos, wenn sie die Zustellung der Broschüre zusammen mit ihrem Begleitbrief als Fehler bezeichnet, der «unterlaufen» sei; dies umso mehr, als ja die Schrift den eindeutigen Druckvermerk «Beilage zu Friedenspolitik Nr. 95 Juni 2000» trägt. PB

Der neue Mensch

In PRO LIBERTATE 2/99 stand unter dem Titel "Der «ewige» Friede"... dem entsprach ein verbreiteter Glaube, wonach nun endlich der ersehnte Friede gesichert sei. Dazu gehörte auch die Vorstellung, die Nationen als politische Organisationsform sei entgültig überwunden. Statt dessen haben weltweit die UNO und in Europa die mit den Jahren entstandene EU die Funktionen der Nationalstaaten zu übernehmen und so den ewigen Frieden zu garantieren. Überall - allerdings mit sehr unterschiedlichem Tempo - wurden die Armeen abgebaut. Auch für die Schweiz galt: mit dem besten Willen konnte man keine militärische Bedrohung mehr feststellen. So erfreulich dieser Optimismus ist, der Historiker bleibt skeptisch. Warum? Für eine solche fundamentale Wende fehlt die wichtigste Voraussetzung, nämlich der neue Mensch. Nichts deutet darauf hin, die Menschen hätten sich plötzlich grundlegend verändert. Vielmehr haben wir wie in den zurückliegenden Jahrtausenden davon auszugehen, der Mensch verfüge über eine widersprüchliche Natur: wohl sehnt er sich einerseits nach friedlichen Verhältnissen, aber ebenso offensichtlich verfügt er über ein aggressives Wesen.

Unverschämtes den Medien entnommen

AvU/15. Juli 2000. «Seit einigen Jahren lebt ein Folteropfer aus Bosnien-Herzegowina als anerkannter Flüchtling in einer Solothurner Gemeinde. Im Februar 1999 gelangte der Flüchtling mit einem Gesuch an die zuständige Opferhilfestelle des Kantons und verlangte finanzielle Unterstützung gemäss Opferhilfegesetz. Er sei 1992 während mehr als sechs Monaten in einem Lager gehalten worden, wo er Todesängste ausgestanden habe, machte der Flüchtling geltend. Wegen posttraumatischen Belastungsstörungen benötige er regelmässige Psychotherapie in seiner Muttersprache. Er bat die Opferhilfestelle, die Kosten für die Psychotherapie, soweit sie nicht von der Krankenkasse bezahlt würden, sowie Übersetzungs- und Reisekosten zu übernehmen!»

Das Bundesamt für Justiz befand die Forderung als gerechtfertigt. Das Bundesgericht entschied (*gottlob*) anders, weil der Flüchtling im Zeitpunkt, da er Opfer wurde, keinerlei Beziehungen zur Schweiz hatte.

Nicht ohne Konzept reagieren

Erschienen am 9. 6. im «Glattaler» und
14. 6. 2000 im «Anzeiger von Uster»

Ich stelle fest: die seit langem angekündigte temporäre Schliessung der Westpiste, die Kündigung der Überflug-Vereinbarung durch Deutschland, die befristete Änderung des Betriebsreglementes, sowie unbedachte Äusserungen von Beamten aus dem Bundesamt für Zivilluftfahrt, gepaart mit gedanklichen Schnellschüssen aus dem VBS, haben zur Verunsicherung beigetragen. Hinzu gesellen sich Kommunikations-Notstände zwischen dem Flugplatzbetreiber «unique zurich airport» und den Gemeinden. Ob das eine oder andere gezielt provoziert wurde, um ein «Umdenken» zu erzwingen, kann mit Flug vermutet werden.

Trotzdem, der überraschende, nachträgliche Beitritt Dübendorfs zur sog. «Task-Force-Fluglärm» bringt noch keine Lösung, solange in diesem Verbund ausschliesslich politische und juristische Argumente entscheiden. Die Interessen von Oberglatt und Rümlang können früher oder später nicht jenen von Dübendorf entsprechen, Zielkonflikte sind programmiert. Denn ein neuer Staatsvertrag mit Deutschland mit voraussehbaren Kompromissen hätte unausweichlich eine neue Lärmverteilung zur Folge über dessen Konsequenzen sich die Gemeinden dereinst in die Haare geraten könnten. Umso mehr sind kühle Köpfe gefragt, die in einer ersten Phase mehr mit aviatischem Fachwissen als juristischen Winkelzügen argumentieren und mögliche Lösungsvorschläge, insbesondere auch Varianten der An- und Abflugverfahren, einbringen könnten. Wer sich in dieser tatsächlich komplexen Materie nicht auskennt, läuft Gefahr, dereinst über den Tisch gezogen zu werden und den Frust einverleiben zu müssen. Sich dem Diktat der SAirGroup erfolgreicher stellen zu können, bedeutet, ein eigenes Konzept zu entwickeln und danach auch zu vertreten. Zurzeit fehlt ein solches.

Testphase

Als Nebenerscheinung der dreimonatigen Pistenschliessung werden nun neue An- und Abflugverfahren getestet. Die emissionsärmeren Anflüge auf die Piste 34 als auch die lärmintensiveren Starts auf der Piste 16 beinträchtigen den militärischen Flugbetrieb negativ! Anflüge auf die Piste 32 erfolgen nur bei «inaktivem» Militärflugplatz. Was für die befristete Phase gilt, hat für die Luftwaffe auch bei einem möglichen Dauerbetrieb Gültigkeit. Mit anderen Worten, das notwendige Training unserer Militärpiloten ab dem Flugplatz Dübendorf könnte eingeschränkt oder teilweise lahmgelegt werden. Als Folge davon verliert der Flugplatz Dübendorf weiter an militärischer Bedeutung. Das widerspricht ganz klar unseren Bemühungen für eine glaubwürdige Landesverteidigung und einer effizienten Luftwaffe. Nachdem die

Luftwaffe zu Gunsten der neuen Luftraumstruktur vor wenigen Monaten ihr Übungsgebiet über dem Jura geopfert hat, sind aus unserer Sicht weitere Abstriche aus genannten Gründen abzulehnen!

Zukunft

Das Angehen einer neutralen aviatischen Nutzwertanalyse für den Flugplatz Dübendorf als Grundlage für alle weiteren Entscheidungen, wie wir sie schon vor einiger Zeit empfohlen haben, ist dringender denn je. Es geht um eine grundsätzliche Richtungsvorgabe, die sich in erster Linie an den Nutzungsprioritäten der Luftwaffe orientiert. Dabei stehen langfristig zwei fundamentale Varianten im Vordergrund:

- die Anrainergemeinden des Dübendorfer Flugplatzes akzeptieren die Emissionen von Kloten, ohne einen grösseren, direkten wirtschaftlichen Nutzen ziehen zu können.
- die Anrainergemeinden entwickeln in Zusammenarbeit mit der Luftwaffe ein eigenes aviatisches Nutzungskonzept für den Flugplatz Dübendorf mit der Möglichkeit, Emissionen und volkswirtschaftlichen Nutzen für die Prosperität der Region weitgehend selbst steuern zu können.

Allerdings, die immer wieder hervorgebrachte Mär von Charterbetrieb in Dübendorf hat, wie schon an anderer Stelle erwähnt, keinen Bestand. Das Pistensystem ist schlicht zu kurz und hätte in der Praxis für Grossraumflugzeuge bedeutende, und daher für Charterunternehmen uninteressante Reichweiteinschränkungen zur Folge. PB

Die merkwürdige Logik der Flugplatz- und Armeegegner

Erschienen im «Glattaler» am 16.6. 2000

Die Reaktionen auf die herrschende Fluglärmsituation sind verständlich. Weniger dagegen die Argumente aus dem linksgrünen Parteienspektrum, die am gedanklichen Irrweg festhalten, die Schliessung des Militärflugplatzes würde das Heil für die Region bedeuten! Es ist nicht untersagt, auch im dümmsten Moment ein Eigengol zu schiessen, nur hätte dies für Dübendorf und dessen Bürgerinnen und Bürgern fatale Konsequenzen. Dabei betiteln Exponenten der Sozialdemokratischen Partei Dübendorf unsere Armee unverblümt als Auslaufmodell, im Glauben, damit politisches Kapital schlagen zu können.

Wie beruhigend doch die Tatsache, dass die meisten Leserbriefschreiber in der letzten Ausgabe des Glattalers in der Präsenz der Luftwaffe einen «Garanten» für eingeschränkte Flugbetriebszeiten erkannt haben. Die Rückenstärkung für den Militärflugplatz Dübendorf ist nämlich dringender denn je!

Die weitere Zukunft des Flugplatzes aus dem hohlen Bauch festlegen zu wollen, ohne vorher eine fundierte, sachliche

Nutzwertanalyse, als Grundlage für alle weiteren Entscheidungen gemacht zu haben, ist nach wie vor unseriös.

Ebenso könnte sich ein vorschneller Beitritt zum Schutzverband bald einmal als kontraproduktiv herausstellen. Es ist sinnvoller, zuerst in wesentlichen Zügen ein Grundkonzept zu erarbeiten, das auch die Interessen der Gemeinde Dübendorf gegenüber denjenigen Gemeinden, die bereits im Schutzverband vertreten sind, exakt definiert.

Die derzeitige Fluglärmsituation, hervorgerufen durch die Schliessung der Piste 28 in Kloten, ist ohne Zweifel störend, jedoch befristet. Nach Wiedereröffnung der Westpiste wird sich die Situation normalisieren, jedenfalls bis zur Neuaushandlung der Staatsverträge mit Deutschland. Kompromisse und eine Neuverteilung des Fluglärms werden die Folge sein. Dübendorf ist also gut beraten, bis dahin mit einem eigenen Grundkonzept in die Verhandlungen einsteigen zu können. PB

Grosse Flugvorführung in Emmen

**Samstag 26. August 2000
13.30 - 14.45 Uhr
Flugprogramm:**

**Patrouille Suisse
PC-7 Team
F/A-18
Super Puma
Fallschirmspringer
Katapultstart Drohne**

**Für die Mitglieder liegt das
Protokoll der
8. Generalversammlung
vom 14. April diesem Info bei.**

**Besuchen Sie uns im Internet: 100
Seiten interessante Infos über den
Flugplatz, unsere Luftwaffe, Landes-
verteidigung und Sicherheitspolitik.**

Forum Flugplatz Dübendorf

**Präsident: Peter Bosshard (PB)
Vizepräsident: Robert Steiner (RS)
Beisitzer: Peter Jost (PJ)
Beisitzer: Aldo Wicki (AW)
Kassierin: Annelies Schwarz (AS)**

Argumente gegen die Umverteilungsinitiative

Behauptungen der Initianten	Antworten
Soweit das Auge reicht, ist kein Gegner der Schweiz auszumachen, der eine Verteidigung am Boden nötig machen würde.	Der Ewige Frieden hat sich bisher leider immer als utopisch erwiesen. Und niemand schafft die Feuerwehr ab, nur weil gerade kein Brandstifter ausgemacht werden kann. Schon gar nicht durch eine Verfassungsänderung!
Die Schweiz hat eine überdimensionierte Armee, bald die grösste Europas.	Wir haben wohl die intelligenteste und flexibelste Armee Europas: Im Frieden mit rund 10'000 bis 25'000 Mann in Ausbildung (RS und WK-Verbände) verschwindend klein und in der Krise vernünftig angepasst (Projektstand: Armee XXI bis 200'000 Mann).
Wir wollen dort, wo Krieg droht oder geführt wird, helfen. Das ist besser für die schweizerische Sicherheit als eine Armee ohne Feind.	Die Schweiz leistet ihren Beitrag für die friedliche Konfliktbewältigung und Entwicklungshilfe. Die Sicherheit unseres Landes hat damit direkt nichts zu tun.
Die Initiative will die Armee gar nicht abschaffen, sondern nur auf vernünftige Masse zurückführen.	Die Absicht der Initianten ist längst dokumentiert: Beschneidung der Mittel der Landesverteidigung in mehreren Schritten, bis die Auftragserfüllung illusorisch wird - und dann ganz abschaffen! Für Peter Hug, Mitinitiant, ist die Umverteilungsinitiative der erste Schritt, danach soll ca. 2004 die Wehrpflicht abgeschafft werden!
Die Initianten wollen die Armee-Milliarden für vernünftige Zwecke einsetzen, z.B. in der sozialen Sicherheit, im Gesundheitswesen.	Der wichtigste Auftrag für den Bund ist die Gewährung von Stabilität und Sicherheit, um unsere soziale Wohlfahrt überhaupt zu ermöglichen. Dieser Auftrag kann nur von einer angemessen ausgebildeten und ausgerüsteten Milizarmee wahrgenommen werden.
Die Schweiz gibt effektiv viel mehr aus für die Verteidigung, als die Ausgaben des Bundes, VBS, erkennen lassen.	Die durchsichtige Milchmädchenrechnung unterschlägt systematisch den Gegenwert der Landesverteidigung für Gesellschaft und Wirtschaft: Sicherheit und Stabilität seit Jahrzehnten - unbezahlbar wertvoll!
Die Umverteilungsinitiative will die Konversion von Rüstungsarbeitsplätzen mit einer Milliarde Franken fördern.	Alle Konversionsprojekte im In- und Ausland haben eine Menge Geld verschlungen und gingen nach Ende der staatlichen Hilfe am Markt zu Grunde, weil sie nicht marktorientierte Tätigkeiten betreiben.

Der Verein Forum Flugplatz Dübendorf

Unter diesem Namen wurde Anfang November 1990 in Dübendorf ein unabhängiger Verein im Sinne von Art. 60/ZGB gegründet mit dem Zweck, die immer wiederkehrende Frage des Militärfluglärms auf einer sachlichen Basis zu diskutieren. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer glaubwürdigen Landesverteidigung, welche auch eine effiziente Luftwaffe beinhaltet. Die damit verbundene Lärmbelastung erscheint uns als ein Teil des Preises, den wir zur Erhaltung dieser Glaubwürdigkeit zu bezahlen haben.

Auch wir treten für Lebensqualität im Raum Dübendorf ein. Wir unterstützen Anstrengungen, die unternommen werden, um den Militärfluglärm so gering wie möglich zu halten. Das notwendige Training der Luftwaffe zur Erfüllung ihrer Aufgabe darf aber dadurch nicht beeinträchtigt werden. Niemand kann für Lärm sein, aber im Gegensatz zum Verein "Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm" betrachten wir die Fluglärm-Problematik in einem grösseren Zusammenhang.

Wir sind weder ein kultureller Verein mit regelmässigen Zusammenkünften und Mitgliederversammlungen noch eine Konkurrenz zu Parteien. Wir können aber mit unserer Arbeit politische Parteien, die ebenfalls zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung stehen, unterstützen oder ergänzen.

Es freut uns sehr, wenn Sie unserem Verein beitreten und danken für Ihre Unterstützung.



Beitrittserklärung

Anmeldung:

Hiermit beantrage ich, dem Verein Forum Flugplatz Dübendorf beizutreten und bestätige gleichzeitig, nicht Mitglied der GSoA, des Vereins «Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm» oder einer ähnlichen, gegen unsere Luftwaffe oder Landesverteidigung gerichteten Organisation zu sein. Bitte senden Sie diese Anmeldung an nachstehende Adresse (mit gleichzeitiger Einzahlung des Mitglieder-Jahresbeitrages von Fr. 25.-- auf unser Postkonto).

Adresse:

Name: Vorname:
 Strasse: PLZ / Ort:
 Telefon P: Telefon G:
 Unterschrift: Datum:

Postfach 1085, 8600 Dübendorf, Postkonto: 80-47799-0